

Jahresbericht 2008

BSPV
APEB

www.bspv.ch



Editorial



Der Einsatz für das Personal hat sich gelohnt.

Staub

Viel erreicht, aber dennoch nicht am Ziel

Nachtzeitgutschrift endlich erreicht. Teuerungsausgleich, aber keine Gehaltsstufen. Die Bilanz für das vergangene Jahr ist erfreulich, aber nicht ungetrübt.

Von der Geschäftsleitung des BSPV

Der BSPV hat im vergangenen Jahr viel erreicht: Der Teuerungsausgleich von 2,8 Prozent bei einer durchschnittlichen Jahresteuern von 2,4 Prozent war ein grosser Erfolg. Zudem gibt es endlich eine Zeitgutschrift für Nachtarbeit.

Die Geschäftsleitung, der Präsident und die Geschäftsstelle machten ihren Einfluss auf allen Ebenen geltend. Dieser Einsatz lohnte sich für das Personal. Dass keine finanziellen Mittel für den individuellen Gehaltsaufstieg, also den Leistungslohn, zur Verfügung gestellt wurden, war eine zu harte personalpolitische Massnahme. Unser Verband wollte diesen Nullentscheid nicht.

Nächstes Jahr muss unbedingt neben dem Teuerungsausgleich auch wieder Geld für gerechte Beförderungen zur Verfügung gestellt werden.

Erfreulicherweise wuchs die Mitgliederzahl des BSPV im letzten Jahr. Damit sind wir stärker geworden. Man wird noch besser auf uns hören müssen.

Mit Roland Seiler verabschiedeten wir einen markanten Präsidenten. Mit Peter Bernasconi haben wir einen starken Nachfolger gefunden.

Der BSPV hat ein ereignisreiches Jahr hinter sich und geht gestärkt aus den Verhandlungen hervor.

2 Personalrecht

Nachtzeitzuschläge endlich Realität

Der BSPV kämpft oft lange für seine Forderungen. Mit guten Argumenten und hartem Einsatz. Auch bei der Zeitgutschrift für Nachtarbeit.

5 Pensionskassen

Grosser Rat hält an «FUTURA» fest

Gegen den Widerstand von Regierung und Personalverbänden hat der Grosse Rat an «FUTURA» festgehalten.

6 Verband

Mit viel Einsatz Ziele erreicht

Der BSPV konnte seine Arbeit konsolidieren. Das neue «diagonal» wird geschätzt. Auch die verstärkte Werbung zeitigt Erfolge.

Hinweise

Mitgliederzahl wieder gestiegen

Nach dem kleinen Zwischentief im Jahr 2007 ist der BSPV auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. 2008 stieg die Zahl der Mitglieder leicht an. Details auf Seite 8.

Jahresrechnung 2008

Die Verbandsrechnung 2008 schloss mit einem leichten Aufwandüberschuss. Eine Ursache sind die gestiegenen Werbekosten. Details auf den Seiten 10 und 11.



Regierungsrat Urs Gasche hört nicht immer so gut auf BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter.

Blatter

Nachtzeitgutschrift: langjährige Forderung jetzt endlich erfüllt

Der BSPV kämpft oft jahrelang für seine berechtigten Forderungen. Mit guten Argumenten, starkem Willen und hartem Einsatz kommen wir gemeinsam zum Erfolg. Nicht immer schnell, aber nachhaltig. So auch bei der Zeitgutschrift für Nachtarbeit.

Alle Experten und Prognostiker sind 2008 von der unerwartet hohen Jahresteuierung überrascht worden. Bei der Budgetierung des Lohnsummenwachstums

ging der Regierungsrat von einer Teuerung von 0,7 bis 1,1 Prozent aus. Dass es dann Ende Jahr nach 2,6 Prozent aussah, war in erster Linie eine Folge der heftigen Ausschläge auf dem Energiemarkt.

Dem Vernehmen nach brachten nur wenige den Mut nicht auf, ihren Namen auf die Protestkarte oder den Unterschriftenbogen mit demselben Text zu setzen.

Ich fordere Sie auf...

Die Protestkarten an den Regierungsrat hatten folgenden Text:

«Um die Kaufkraft zu erhalten, braucht es einen fairen Lohnanstieg. Dazu gehören der volle Teuerungsausgleich (2,6 Prozent) und die nötigen Mittel für den verdienten Gehaltsstufenanstieg (1,5 Prozent). Ich fordere Sie auf, im Rahmen der Lohnverhandlungen mein Anliegen zu berücksichtigen und die nötigen Korrekturen vorzunehmen.»

Reaktion des BSPV war nötig

Bald war dem BSPV klar, dass es eine heftige Reaktion der Personalverbände auf die sich abzeichnenden unerfreulichen Gehaltsentwicklungen brauchte. In kurzer Zeit realisierten wir eine Protestkarten-Aktion. Damit gaben wir den Angestellten die Möglichkeit, mit ihrem Namen zu unseren Forderungen zu stehen. Am 4. November übergaben wir den Regierungsräten Urs Gasche und Bernhard Pulver 15'864 Unterschriften von Staatsangestellten und Lehrkräften.

Gesamtarbeitsvertrag vertagt

Seit einigen Jahren will der BSPV die Sozialpartnerschaft der Personalverbände mit der Regierung auf eine neue Grundlage stellen. Der BSPV ist bereit, seine Verantwortung wahrzunehmen und seine Erfahrung als Verhandlungspartner einzubringen.

Nur ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) hebt die Arbeitgeber und –nehmer auf die gleiche Ebene. Ohne Vertrag bleibt der BSPV weiterhin nur ein geduldeter Gesprächspartner. Er bestimmt nicht mit und trägt daher auch keine Verantwortung.

Mit Bedauern nahm die Geschäftsleitung des BSPV im Berichtsjahr davon Kenntnis, dass der Regierungsrat die Verhandlungen über den Abschluss eines GAV für fünf Jahre sistiert hat. Zuerst will der Regierungsrat das Projekt FUTURA abschliessen.

Der BSPV ist also weiterhin nicht in die Beschlussfassung eingebunden und bleibt somit frei, alle Beschlüsse des Regierungsrates mit aller nötigen Schärfe zu kommentieren und zu kritisieren. Der BSPV hat kein Problem damit, diesen Auftrag zu akzeptieren.

Mit Befremden hat der BSPV davon Kenntnis genommen, dass unsere Partner, der Verband der Lehrkräfte LEBE und die Gewerkschaft VPOD diese Sistierung begrüsst haben. Der BSPV hat offensichtlich die langfristigste Perspektive der Personalverbände im Kanton Bern.

«Aufgabendialog» beerdigt

Das zehnte Sparpaket des Regierungsrates unter dem Namen «Aufgabendialog» war anspruchsvoll, zu anspruchsvoll. Weder Wirtschaftskreise noch die Wissenschaft reichten vernünftige Vorschläge ein, wo und wie im Kanton Bern weiter gespart werden könnte.

Dies ist effektiv auch nicht nötig, denn der Kanton Bern hält sich selbst fit. Zum Teil mit Programmen, die dem Personal durchaus weh tun.

- Reform der dezentralen Verwaltung und Justizreform
- Regierungs- und Verwaltungsreform
- Umsetzung Spitalversorgungsgesetz
- Neugestaltung des Finanzausgleichs NFA
- Reformen im Bildungsbereich gestützt auf die Bildungsstrategie
- Schaffung einer uniformierten Polizei «Police Bern»

Einige dieser Projekte haben das Personal geschmerzt: etwa den Regierungstatthalter, der seine Stelle verliert, die Zivilstandsbeamtin, der keine Stelle angeboten wurde oder den Polizisten, der mit einem Kollegen von einer Gemeindepolizei arbeitet, der weit mehr verdient. Der Beispiele wären noch viele.

Die Probleme, die aus diesen Reformen entstehen, sind vielfältig. Oft entste-

hen sie aber in erster Linie, weil nicht genügend finanzielle Mittel zur Abdämpfung der Folgen bereit gestellt werden. Das ärgert und das macht betroffen.

Sorgen bei den Pensionskassen

Die Pensionskassen bekommen einen immer höheren Stellenwert. Nicht nur für die Pensionierten, auch für das aktive Personal. Die Sicherung der Renten ist anspruchsvoller geworden.

Im Berichtsjahr traten wesentliche Neuerungen in Kraft. Die Verdiensterhöhungsbeiträge wurden für das ältere Personal massiv teurer. Erhöhungen des versicherten Verdienstes müssen ab dem Alter 60 neu mit 250 Prozent während eines ganzen Jahres eingekauft werden.

Da die Neuregelungen gut begründet waren und der BSPV eine einigermaßen vernünftige, abgestufte Lösung aushandeln konnte, hat sich der BSPV nicht mit einem Referendum gegen diese Verschlechterung gewehrt.

Die finanzielle Situation der Pensionskassen ist allerdings nach wie vor unbefriedigend. Die Deckungsgrade der BPK und der BLVK sind wegen der Finanzkrise stark gesunken. Die Situation ist besorgniserregend, aber noch nicht katastrophal. Pensionskassen verfolgen eine langfristige Anlagepolitik. Überstürzte Massnahmen wären daher kontraproduktiv.

Dass das Projekt FUTURA – der Primatwechsel bei den Pensionskassen – zurzeit nicht vom Fleck kommt, ist nicht erstaunlich. Niemand hat ein Interesse

Entwicklung des Deckungsgrades der Pensionskassen:

	BPK	BLVK*
31.12.05	108%	86,4%
31.12.06	109%	89,6%
31.12.07	104,7%	88,6%
31.12.08	87,3%	73,5%

* Die BLVK erhebt schon seit etlichen Jahren Sanierungsbeiträge von den Arbeitnehmern und -gebern. Der Deckungsgrad reagiert deshalb weniger stark auf die Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

daran, bei nicht ausfinanzierten Pensionskassen belastende Änderungen durchzuzwingen. Inzwischen ist sicher, dass der Primatwechsel so oder so nicht vor dem Jahr 2012 kommen wird.

Dass die Rentnerinnen und Rentner wieder keinen Teuerungsausgleich erhielten, ist nicht akzeptabel. Auch hier gilt: Wir bleiben dran!

Personalgesetz erneut angepasst

Regelmässig wird das Personalrecht überarbeitet. 2008 stand eine Revision des Personalgesetzes an. Verschlechterungen und Verbesserungen hielten sich dabei etwa die Waage.

Der Grosse Rat setzte die Neuregelung der Kinder-, Familien- und Betreuungszulagen kostenneutral um. Dank dem hart-



Der BSPV hat eine langfristige Perspektive.

näckigen Einsatz des BSPV nahm der Grosse Rat eine Übergangsregelung an, die den Besitzstand über zehn Jahre garantiert. Über die gesamte Bezugsdauer dürfen die Angestellten nicht schlechter gestellt werden. Die vom Personal erhofften Verbesserungen blieben auch deshalb aus, weil die Leistungen des Kantons in diesem Bereich bereits vor der Änderung des Bundesrechts recht gut waren.

Krankentaggeld-Versicherung

Früher trug der Kanton die Risiken und Kosten längerer Abwesenheiten selbst. Versuchsweise schloss er per 1.1.2007 eine Krankentaggeld-Versicherung ab. Nun bezahlt er erstaunlicherweise Prämien, die unter den früheren Kosten durch krankheitsbedingte Abwesenheiten liegen. Der Kanton Bern macht mit der neuen Versicherung also ein gutes Geschäft.

Es ist bitter, dass der Grosse Rat mit einer Mehrheit aus SVP und FDP künftig dennoch das Personal dafür bezahlen lässt. Auf Antrag der SVP werden ab dem 1.1.2009 die Prämien für die Krankentaggeld-Versicherung je hälftig durch den Kanton und die Angestellten bezahlt.

Von der Einführung der neuen Versicherung profitiert jedoch ausschliesslich der Arbeitgeber. Er erhält finanzielle Beiträge für Leistungen, die er vorher aus eigenen Mitteln bezahlte. Künftig zahlen die Angestellten eine Prämie von 0,18 Prozent auf ihrem Gehalt. Das hätte nicht sein müssen.

Zeitgutschrift für Nachtarbeit in Prozent

Bereich	2008	2009	2010	2011	2012	2013	ab 2014
Kantonspolizei	0%	10%	12%	14%	16%	16%	16%
Sicherheitsdienst	0%	10%	12%	14%	16%	18%	20%
Hauswarte	0%	10%	12%	14%	16%	18%	20%
Pflegepersonal	20%	20%	20%	20%	20%	20%	20%
Strassenmeister	50%	20%	20%	20%	20%	20%	20%
Wildhüter und andere	0%	?	?	?	?	?	?

Unbestritten war, dass neu über längere Zeit kranke Angestellte besser betreut werden sollen. Dafür gibt es nun ein Eingliederungsmanagement. Mit dessen Leistungen ist der BSPV noch nicht zufrieden. Das hängt allerdings vielleicht damit zusammen, dass sich auf der Geschäftsstelle nur jene melden, bei denen das Eingliederungsmanagement zu keinem positiven Resultat führte.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob den Betreuenden genügend Zeit, Kompetenzen und Geld zur Verfügung stehen.

Zeitgutschrift für Nachtarbeit

Der Regierungsrat nutzte die gute Finanzlage des Kantons, um langjährige Anliegen des Personals endlich umzusetzen. Beim diplomierten Pflegepersonal baute er die so genannten VAP-Zulagen ins Gehalt ein. Für den BSPV wesentlicher war jedoch, dass der Regierungsrat endlich eine Zeitgutschrift für Nachtarbeit gewährte. Allerdings erfolgte diese seltsamerwei-

se nicht für das gesamte Personal, sondern bloss für ausgewählte Kreise.

Weshalb die Wildhüter keine Zeitgutschrift erhalten sollen und warum die Telefonistin im Spital von einer solchen Zulage ausgeschlossen sein soll, wird noch zu klären sein. Der BSPV wird sich weiterhin dafür stark machen, dass auch sie eine Zeitgutschrift erhalten werden.

Inakzeptabel ist, dass durch die Neuregelung den Strassenmeistern eine lange Jahre gewährte Zeitgutschrift von 50 auf 20 Prozent reduziert wurde. Das bedeutet eine enorme Verschlechterung, die der BSPV so nicht akzeptieren kann. Die Verhandlungen über eine zumindest teilweise Kompensation stehen für das Jahr 2009 an. Die betroffenen Strassenmeister sprachen bereits von wirksamen Aktionen. Wir werden sehen, ob an Weihnachten 2009 der Schnee von den Strassen geräumt werden wird.

Gerechtere Prämien

Gegen Unfall und Nichtbetriebsunfall ist der grösste Teil des kantonalen Personals bei der Visana versichert. Nur rund vier Prozent der Angestellten, vor allem jene im handwerklich-technischen Bereich, müssen sich bei der Suva versichern.

Auf Antrag des BSPV-Geschäftsführers beschloss der Regierungsrat, ab dem 1.1.2009 für alle Angestellten eine einheitliche Prämie einzuführen. Die Prämien für die Unfallversicherung werden neu 0,385 Prozent betragen. Bisher waren es 0,378 beziehungsweise 0,952 Prozent. Die Suva-Versicherten sind meist in den tieferen Gehaltsklassen eingereiht. Für sie ergibt die neue Regelung eine jährliche Besserstellung von bis zu 400 Franken. Leider profitieren davon auch all jene, die nicht Mitglied des BSPV sind.



Die Nachtzulage der Strassenmeister soll reduziert werden.

Zuverge

«FUTURA»: Primatwechsel darf Arbeitsfrieden nicht gefährden

Gegen den Widerstand von Regierung und Personalverbänden hat der Grosse Rat an «FUTURA» festgehalten. Damit soll der Primatwechsel bei den Pensionskassen realisiert werden. Noch ist der Ausgang des Projekts offen. Der BSPV bleibt am Ball.

Anfang April hat der Grosse Rat während sechs Stunden über den Primatwechsel bei den beiden kantonalen Pensionskassen diskutiert. Die Ausgangslage war nicht einheitlich. Der neue Regierungsrat erkannte, dass ein Primatwechsel zur heutigen Zeit kontraproduktiv wäre, die knappe Mehrheit der vorberatenden Kommission hingegen befürwortete einen Primatwechsel, primär aus ideologischen Gründen.

Kampfansage an das Personal

Die Kommission deckte ihr rigides Sparziel ganz klar auf. Sie favorisierte zunächst ein Modell ohne Verdiensterhöhungs-Beiträge und mit Übergangskosten von bloss 200 Millionen Franken. Diese sollten in den folgenden zehn Jahren erst noch durch tiefere Beiträge des Arbeitgebers kompensiert werden. Das war eine klare Kampfansage ans Personal.

Diese Ausgangslage rüttelte die Personalverbände auf. Zusammen mit den Partnerverbänden organisierte der BSPV vier Informationsveranstaltungen in Thun, Bern, Burgdorf und Biel. Die Verbände mobilisierten die Betroffenen: Über 600 Angestellte strömten an die Info-Abende. Die

angestrebten Kontakte mit Grossratsmitgliedern fanden allerdings nur spärlich statt, da diese die Auseinandersetzung mit den Betroffenen mehrheitlich scheuten.

Politisches Block-Denken

Die vorberatende Kommission nahm in der Folge eine Korrektur ihrer rigiden Haltung vor. Sie richtete eine Planungserklärung an den Grossen Rat, die keine finanzielle Limite mehr für die Übergangskosten vorsah. Zudem forderte sie die Erarbeitung eines Modells mit und eines ohne Verdiensterhöhungsbeiträge. Das war ein Schritt in die richtige Richtung.

In der Grossratsdebatte gaben etliche bürgerliche Vertreter zusätzliche Versprechungen ab. Sie fanden sich mit künftigen Übergangskosten zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde ab. Mit 82 zu 67 Stimmen beschloss der Grosse Rat schliesslich, den Regierungsrat gegen dessen Willen zu zwingen, eine Gesetzesvorlage für einen Primatwechsel vorzulegen. Das Abstimmungsverhalten folgte vollumfänglich den politischen Blöcken. Rechts stimmte für und Links gegen den Primatwechsel.

Ratssplitter

«Wir werden einmal ganz sicher keinem asozialen Primatwechsel zustimmen.»

Bethli Küng, SVP, Saanen

«Der Primatwechsel ist nicht finanzierbar, und es gibt keinen Sachzwang, ihn jetzt zu vollziehen.»

Daniel Kast, CVP, Bern

«Heute könnt ihr viel versprechen: Wenn einmal die Zahlen auf dem Tisch liegen, dürfte sich von euch niemand mehr daran erinnern.»

Peter Bernasconi, SP, Worb

BSPV denkt an Referendum

Inzwischen nahm eine neue Projektleitung die Arbeit auf und die vorberatende Kommission begleitet die Erarbeitung der Vorlagen von Beginn an. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass ein Primatwechsel nicht mehr in dieser Legislatur jenem Grossen Rat vorgelegt wird, der so grosszügige Versprechungen abgab. Der BSPV geht davon aus, dass der Primatwechsel, der enorme Belastungen für den Staatshaushalt mit sich bringen wird, nicht vor dem Jahr 2012 zur Diskussion stehen wird.

Zudem steht es dem BSPV frei, gegen eine unvernünftige Vorlage das Referendum zu ergreifen. Der BSPV hat grosse Erfahrung im Referendumskampf. Und er ist bereit, noch mehr Mittel einzusetzen als beim Referendum gegen die Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs. Diese Abstimmung ging ja bekanntlich nur äusserst knapp verloren.

Ein Primatwechsel bei den Pensionskassen ist der grösstmögliche Einschnitt im Personalbereich, der in letzten 50 Jahren angedacht worden ist.



Der BSPV mobilisierte mit den anderen Personalverbänden.

Staub

Verbandsorgane haben mit ihrem aktiven Einsatz viele Ziele erreicht

Dass die Verbandszeitung «diagonal» umfangreicher und farbig erscheint, daran hat man sich gewöhnt. Auch die regelmässigen Newsletter und die Homepage finden Beachtung. Für einen fast hundertjährigen Verband ist der BSPV erstaunlich modern.

Im letzten Jahr konnte der BSPV in den meisten Bereichen seine Errungenschaften konsolidieren. Die neugestaltete und nun farbig erscheinende Verbandszeitung «diagonal» stiess auf ein sehr gutes Echo. Auch die anderen Kommunikationsmittel sind aktuell und werden geschätzt. Die verstärkte Werbung wird wahrgenommen und zeitigt Erfolge. Mit der Ende Jahr neu gestalteten Werbebroschüre will der BSPV noch mehr neue Mitglieder ansprechen und gewinnen. Der BSPV ist als die stärkste Personalvertretung anerkannt.

Geschäftsleitung

Ein markanter Wechsel für den Verband war das Ausscheiden von Roland Seiler als Präsident des BSPV. Im Jahr 1993 trat er als Sekretär in den Verband ein. 2004 wählte ihn die Abgeordnetenversammlung zum Präsidenten. An der Abgeordnetenversammlung 2008 trat er zurück. Einstimmig wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. BEREBE, Halt, Veto, Warnstunde und das Referendum gegen die Abschaffung des automatischen Er-

fahrungsaufstiegs unter dem Titel «Erfahrung kann man nicht kaufen» waren Meilensteine seiner Amtszeit.

Konstruktive Zusammenarbeit

Mit Grossrat Peter Bernasconi wählte die Abgeordnetenversammlung einen allseits anerkannten, vermittlungserfahrenen und doch kampfbereiten neuen Präsidenten. Mit seinem grossen Know-how als Politiker, Gemeindepräsident von Worb und auch als Mediator wird er den BSPV zum hundertjährigen Jubiläum im Jahr 2012 führen.

Die Geschäftsleitung und die Geschäftsstelle verzeichneten keine weiteren Vakanzten. Sie arbeiteten konstruktiv zusammen. Das Hauptziel des BSPV, die Vertretung der Interessen aller Staatsangestellten, ist dermassen eindeutig, dass sich selten Differenzen über den Weg zu diesem Ziel ergeben.

Zentralvorstand

Der Zentralvorstand versammelte sich im Mai in Bern und im Oktober in Reconvillier an geschichtsträchtiger Stelle.

Im Oktober sprachen sich die Zentralvorstandsmitglieder ganz klar für die primäre Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs aus. Der Zentralvorstand forderte dafür 2,6 Prozent, dazu 1 Prozent für den Stufenanstieg.

Die Personalverbände erreichten 2,8 Prozent für den Teuerungsausgleich. Aber bei den Gehaltsstufen gab es nur eine Nulllösung. Alle Lehrkräfte und Kantonsangestellte wurden völlig gleich behandelt, ohne ihre Leistung zu berücksichtigen. Allerdings machen 2,8 Prozent bei hohen Löhnen mehr aus als bei tiefen Gehältern.

Abgeordnetenversammlung

Die Abgeordnetenversammlung (AV) wurde erstmals mit einer Ehrung langjähriger Verbandsmitglieder ergänzt. 40 Jahre Verbandstreue stellen ein ausserordentliches Verdienst dar.

AV-Präsident Christian Staub führte die Abgeordneten gekonnt durch die statutarischen Geschäfte. Nach der Wahl des neuen Präsidenten bestätigten die Abgeordneten auch den Kassier Erwin Balsiger und den Geschäftsführer Matthias Burkhalter für eine weitere Amtszeit von vier Jahren.

Instruktiv war das Referat von Verbandsmitglied Professor Adrian Ritz, der davor warnte, Rezepte der Marktwirtschaft vorbehaltlos auf die Verwaltung zu übertragen.

Sondermassnahmen erforderlich

Die Geschäftsstelle war dieses Jahr in verschiedenen Personalbereichen stark gefordert. Neben der Organisation der Infoabende zu FUTURA berief sie in drei Bereichen Versammlungen des stark betroffenen Personals ein, die gut besucht waren.



Die Abgeordneten verabschiedeten den scheidenden Präsidenten Roland Seiler mit einem stehenden Applaus. Staub

Zivilstandswesen

Das bernische Zivilstandswesen wurde auf den 1. Januar 2009 neu gestaltet. Betroffen waren 124 Angestellte. Die 24 kantonalen Zivilstandsämter wurden auf sieben Standorte reduziert. Dadurch fielen zahlreiche Führungsfunktionen weg. Die Arbeitswege verlängerten sich, neue Vorgesetzte und neue Aufgabenbereiche mussten akzeptiert werden.

Die Betroffenen wurden vom BSPV eingeladen und konnten ihre Anliegen dem Geschäftsführer darlegen. Daraufhin wurde mit der Amtsleitung der Kontakt gesucht. Lösungen wurden in vielen Fällen gefunden. Die Zusammenarbeit war konstruktiv.

Dass letztlich mindestens einer Mitarbeiterin auf Ende 2009 gekündigt wurde, und dass einige eine neue Stelle suchen mussten, war unerfreulich. Bei jeder solchen Organisation geht dem Kanton letztlich viel Know-how verloren.

Strassenunterhalt

Die Strassenmeister des Kantons Bern waren äusserst unzufrieden mit der Reduktion der Zeitgutschrift für Nacharbeit von 50 auf 20 Prozent. Die Unzufriedenheit kam erst nach und nach zum Vorschein, da die Umsetzung der Neuerungen nicht klar kommuniziert wurde. Als die Strassenmeister damit drohten, einen internationalen Sportanlass zu boykottieren oder die Schneeräumung einzustellen, wurde klar, dass das Fass schon übergelaufen war.

Die Präsidenten der Strassenmeistersektionen trafen sich in Bern mit dem Ge-

schäftsführer und dessen Stellvertreter und besprachen das weitere Vorgehen. Es braucht weiterhin grosse Anstrengungen des Tiefbauamtes, der Direktion und des Regierungsrates, um die massiven Verschlechterungen bei den Anstellungsbedingungen bei den Strassenmeistern zu kompensieren.

Personal der Anstalten

«Pulverfass Witzwil», unter diesem Titel berichtete das «diagonal» über Vorbehalte und Ängste der Mitarbeitenden in der Anstalt Witzwil.

Im Rahmen der Schaffung eines Schweizerischen Zentrums für Arbeitsagogik stehen grundlegende Änderungen an. Vor allem im Bereich des Sicherheitsdienstes sind neue Einsatzpläne vorgesehen, die bei den Betroffenen auf Ablehnung stiessen. Dies ist aber bloss ein wichtiges Einzelproblem einer Anstalt. Der BSPV erhielt weitere Signale aus allen Anstalten und Gefängnissen. So wurde beispielsweise Mitte Jahr eine jahrelang ausgerichtete Verpflegungszulage von 24 Franken für den Nachtdienst ersatzlos gestrichen.

Vertreterinnen und Vertreter der Anstalten und Gefängnisse trafen sich in Bern mit der Leitung der Geschäftsstelle. Dabei legten sie ihre grossen und kleineren Anliegen dar. Diese reichte der Geschäftsführer inzwischen der Leitung des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung ein. Intensiv wird nach Lösungen gesucht. Einige Verbesserungen wurden unterdessen in Aussicht gestellt.

Letztlich haben aber vor allem erfahrene Mitarbeitende den Eindruck, dass ihr

Der BSPV hatte bisher acht Präsidenten

1912–1917	Arnold Raaflaub	5 Jahre
1918–1920	Fritz Zimmermann	2 Jahre
1920–1961	Otto Peter	41 Jahre
1961–1978	Max Graf	17 Jahre
1978–1995	Ueli Hofer	17 Jahre
1995–2004	Peter Kunz	9 Jahre
2004–2008	Roland Seiler	4 Jahre
2008–	Peter Bernasconi	

langjähriger Einsatz, ihr Engagement und ihre Identifikation mit ihrem Betrieb zu wenig gewürdigt werden. Das ist ein allgemeiner Trend in der ganzen Kantonsverwaltung und der gesamten Wirtschaft, der bedauerenswert ist.

Starker Polizeiverband

Die grösste aktive Sektion des BSPV, der Polizeiverband Bern-Kanton, nahm im Berichtsjahr zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Stadt- und Gemeindepolizei auf. Dadurch wurde die sehr engagierte Sektion noch stärker. Von diesen Kollegen können alle Sektionen lernen, wie man seine Anliegen effizient und mit Nachdruck durchsetzt. Als Beispiel dient die Nachtzeitgutschrift.

Die Umsetzung des Projekts Police Bern wird demnächst abgeschlossen. Entstanden ist ein einheitliches Korps mit einem einzigen Verband, der als Sozialpartner anerkannt wird. Dass noch Feineinstellungen nötig sind, wurde erkannt und die entsprechenden Schritte eingeleitet.

BSPV-Kader gesucht

Der BSPV ist darauf angewiesen, dass sich seine Mitglieder für Führungsfunktionen in den Sektionen zur Verfügung stellen. So haben die rund 50 Mitglieder aus dem Bereich Zivilstandswesen noch keine eigene Sektion. Auch die zahlreichen Mitglieder bei der Steuerverwaltung brauchen engagierte Kader, die eine BSPV-Sektion Steuerverwaltung aufbauen.

Dazu braucht es Mut, Überzeugung und gar nicht so viel Zeit. Wer Interesse hat, vermehrt Verantwortung zu übernehmen, kann sich bei der Geschäftsstelle melden. Im Jahr 2009 ist dazu auch ein Weiterbildungs-Seminar geplant.



Das Personal aus den Anstalten wehrt sich.

Staub

Dank verstärkter Werbung: BSPV wieder auf Wachstumspfad

Nach dem leichten Rückgang der Mitgliederzahlen im Vorjahr ist der BSPV 2008 wieder stärker geworden. Die verstärkte Werbung hat sich ausbezahlt.

Obwohl sich Police Bern noch nicht in der Mitgliederentwicklung niedergeschlagen hat, ist der BSPV 2008 wieder leicht gewachsen. Dieses Wachstum ist nicht zuletzt auf die verstärkte Werbung zurückzuführen. Von einer Trendwende zu sprechen, wäre aber zu früh.

Die meisten Austritte sind darauf zurückzuführen, dass die Angestellten den Kantonsdienst verlassen oder pensioniert werden. Unzufrieden mit der Arbeit des Verbandes sind nur wenige.

Die Geschäftsstelle hilft Mitgliedern und Sektionen gerne bei Werbeaktionen. Ein Anruf oder eine E-Mail genügt.

Totentafel

2008 verstarben 54 Mitglieder

Arni Agnes, Bern
 Bachmann Fritz, Münsingen
 Balzli Emma, Madiswil
 Bandelier Simon, Le Fuet
 Bärlocher August, Zollikofen
 Bieri Max, Hasle-Rüegsau
 Bietenhard Hans, Steffisburg
 Bloch Judith, Zollikofen
 Brotbeck René, Biel/Bienne
 Burri Hans, Ittigen
 Bütikofer Peter, Obergoldbach
 Champion Marcel, Courrendlin
 Döbeli Max, Ittigen
 Eberhard Rösy, Köniz
 Eberhart Max, Thun
 Egger Gisa, Langnau
 Ellenberger Otto, Rubigen
 Etique Pierre, Courtelary
 Fournier Erika, Ersigen
 Friedli Paul, Laupen
 Gauchat Melvin, Prêles
 Gurtner Christian, Riggisberg
 Häsler Walther, Muri
 Hauri Rolf, Längenbühl
 Herren Paul, Ittigen
 Hertig Hans, Emmenmatt
 Hess Trudi, Münsingen
 Isler Daniel, Hünibach
 Kissling Kurt, Biel/Bienne
 Lorenz Herbert, Zürich
 Mast Kurt, Ittigen
 Meier Heinrich, Heimberg
 Moser Alfred, Thun
 Moser Fritz, Ins
 Müller Peter, Rizenbach
 Neukom Heinrich, Gümligen
 Pfister Willi, Muri
 Reber Hans-Ulrich, Faulensee
 Rohrer Hans, Studen
 Roth Alfred, Liebefeld
 Ruch Jean-Marcel, Wichtrach
 Schelker Ernst, Grünenmatt
 Schild Helmut, Ins
 Schmutz Hans, Krattigen
 Schweizer Hans-Ulrich, Böisingen
 Siegrist Werner, Steffisburg
 Soltermann Hans-Ulrich, Gümligen
 Streit Ernst, Bern
 Stucki Jörg, Bern
 Villars Ilse, Toffen
 Weiss Margrit, Gümligen
 Wyss Dorit, Bern
 Zwahlen Otto, Rüscheegg-Gambach
 Zwygart Rudolf, Steffisburg

Mitgliederstatistik 2008

Sektion	Dezember 2008	Differenz
VBOG	759	-30
Höhere Angestellte	82	-6
Handwerker / Technisches Personal	137	-2
Union du Personnel	51	4
Lehr- und Beratungskräfte	83	4
Verein Forstingenieur	28	-2
Förster	65	
Forstwarte und Waldarbeiter	30	-1
Wildhüter	30	1
Fischereiaufseher	7	-2
Psychiatrische Klinik Bellelay	13	-1
Psychiatrie Zentrum Münsingen	68	-7
Universitätspsychiatrischer Dienst	24	-4
Inselspital	66	-5
Regierungsstatthalter	23	
Verband Bernischer RichterInnen	138	-1
GerichtsschreiberInnen	34	4
GrundbuchverwalterInnen	25	-2
Betreibungs- und Konkursbeamte	40	3
Pfarrverein	374	-2
Anstalt Hindelbank	62	5
Anstalt Thorberg	62	4
Anstalt Witzwil	70	9
Jugendheim Prêles	40	4
Massnahmenvollzug St. Johannsen	33	1
Polizeiverband Bern Kanton	1075	25
Automobilexperten	50	2
Schulinspektoren	15	-2
BerufsberaterInnen	34	1
Unidozentenverein	96	11
Dozierende Berner Fachhochschule	129	-5
Gymnasiallehrkräfte	114	24
Bibliotheksangestellte	64	-4
Strasseninspektoren	15	
Strassenmeister (8 Sektionen)	212	-2
Unterhalt Autobahn	52	-1
Personalverband Sozialversicherungen	85	-1
Gemeindepersonal Zollikofen	32	-1
Einzelmitglieder	207	-13
Aktive Mitglieder	4524	8
davon Doppelmitglieder	10	
Total Aktive	4514	
Rentnervereinigung	1732	22
Total Mitglieder	6246	30

Gratulation zum Verbandsjubiläum

2008 feierten 166 Mitglieder des BSPV ein spezielles Verbandsjubiläum.

40 Jahre/ 40 années

Auderset Otto, Gurmels
 Balsiger Heinz, Spiez
 Baumgartner Alfred, Bern
 Blättler Hans, Thun
 Brändle Roland, Bern
 Brochon Alice, Champvent
 Carnal Henri, Bern
 Christen Peter, Schwarzenburg
 Dennler Urs, Köniz
 Dubach Hanspeter, Alchenflüh
 Dubois Jean-Jacques, Urtenen-Schönbühl
 Eng Martin, Matten bei Interlaken
 Fuhrer Elsbeth, Blumenstein
 Gehrig Hans, Münsingen
 Gugger Heinz, Thun
 Hadorn Johann, Zweisimmen
 Helfer André, Prêles
 Hug Jürg, Bern
 Humair Jean, Moutier
 Kaderli Ernst, Häusermoos
 Keller Fritz, Köniz
 Kohler Ortwin, Meiringen
 Kuhnen Albert, St. Stephan
 Kunz Peter, Lenk
 Lang-Lüssi Thomas, Meiringen
 Lüthi Hans, Zollikofen
 Meyer-Althaus Peter, Langenthal
 Moser Hansueli, Bern
 Mühlemann Fritz, Wabern
 Niederhauser Robert, Krauchthal
 Nikles Kurt, Thun
 Oetliker Martin, Bremgarten
 Ogi Gilbert, Cormoret
 Ory André, Biel/Bienne
 Peytrignet René, Bätterkinden
 Portzehl Hildegard, Bern
 Reber Gertrud, Bern
 Reinhard Ernst, Wimmis
 Rindlisbacher Liselotte, Bern
 Roth Wolfgang, Gampelen
 Röthlisberger Rolf, Bern
 Ruchti Kurt, Susten
 Ryter Bernhard, Brenzikofen
 Scherz Adolf, Saanen
 Siegfried Hans, Lyss
 Sollberger Otto, Nods
 Werner Jakob, Ostermundigen
 Widmer Ernst, Bern
 Wullschleger Heinz, Ittigen
 Wüthrich Rudolf, Zollikofen
 Zahnd Hans, Worblaufen
 Zaugg Christian, Spiez
 Zwahlen Walter, Uetendorf

25 Jahre / 25 années

Aebi Ulrich, Biel/Bienne
 Aeschbacher Fritz, Thun
 Affolter Bruno, Jegenstorf
 Affolter Walter, Koppigen
 Ammann Jürg, Bleienbach
 Andres Rolf, Biglen
 Baldinger Heinz, Langnau
 Balz Markus, Ostermundigen
 Barrer Heinrich, Zollikofen
 Beuchat Philippe, Courtelary
 Bieri Martin, Hinterkappelen
 Bigler Heinz, Gampelen
 Biser Hansjörg, Utzenstorf
 Bohren Theodor, Münchenbuchsee
 Bucher-Nyffenegger Jrene, Trimstein
 Bugner Gabor, Sutz
 Bürki Andreas, Faulensee
 Coray Jürg, Grossaffoltern
 Dubuis Eric, Corgémont
 Durler René, Lyss
 Eggenberger Jakob, Kehrsatz
 Firmin Hans-Anton, Interlaken
 Freiburghaus Heinz, Sigriswil
 Frey Franz, Biel/Bienne
 Friedli Peter, Boll
 Friedli Ruth, Burgdorf
 Gerber Hans, Lätti
 Gfeller Werner, Fraubrunnen
 Girardin Michel, Bern
 Gräub Urs, Walperswil
 Gysler Urs, Seftigen
 Haari Andreas, Wiedlisbach
 Habegger Jürg, Interlaken
 Hasler Kurt, Bern
 Hebeisen Rudolf, Ostermundigen
 Hirschi Urs, Gümligen
 Hofmann Ueli, Urtenen-Schönbühl
 Iseli Erich, Neueneegg
 Jau Walter, Rüegsauschachen
 Jordi Luzius, Zollikofen
 Käser Fritz, Langenthal
 Keller Adrian, Burgdorf
 Kleiber Balmer Peggy, Biel/Bienne
 Knuchel Markus, Biel/Bienne
 Kohler Bernhard, Ittigen
 Kraemer Martin, Bern
 Krähenbühl Hansueli, Dotzigen
 Krebs Hans Ulrich, Oberbalm
 Küenzi Alfred, Zollikofen
 Lengacher Martin, Frutigen
 Leuenberger Martin, Utzenstorf
 Lienhard Ulrich, Uetligen
 Locher Hans, Münchenbuchsee
 Lüdi Heinrich, Lützelflüh
 Lüthi Samuel, Uetendorf
 Mabboux Erwin, Bern
 Manz Jakob, Thun

Marti Siegfried, Unterseen
 Marti Walter, Langnau
 Mathys Hans, Bern
 Megert Martin, Münsingen
 Michel Florian, Ins
 Montavon Roland, Reconvilier
 Moser Klaus, Bern
 Mosimann Jakob, Mittelhäusern
 Mühlemann Thomas, Frutigen
 Müller Hans-Konrad, Ittigen
 Mürger Armin, Biel/Bienne
 Oesch Gottfried, Ittigen
 Quadri Aldo, Wabern
 Reber Adolf, Schwenden
 Rhyn-Thalmann Helga, Wabern
 Rihs Marcel, Ipsach
 Rindlisbacher Toni, Innerberg
 Rohrbach Rudolf, Burgdorf
 Romero Roberto, Bévillard
 Roth Peter, Heimenschwand
 Rutz Marilyn, Krauchthal
 Sahli Christian, Meisberg
 Salvisberg Ulrich, Hindelbank
 Schärer Christian, Melchnau
 Schlapbach Bruno, Ostermundigen
 Schmid Bernhard, Wichtrach
 Schmid Peter, Roggwil
 Schmutz Fritz, Wengi b. Büren
 Schneeberger Rolf, Niederönz
 Schneider Jürg, Tschugg
 Sharp David, Schüpfen
 Sidler Georg, Bern
 Signer Rita, Bern
 Spahr Verena, Bern
 Stähli Hans Arnold, Schönbühl-Urtenen
 Steffen Werner, Gümnen
 Steiner-Durban Karin, Münchenbuchsee
 Stoll Hanspeter, Neueneegg
 Strasser Peter, Thun
 Stucki Ulrich, Biglen
 Trösch Ulrich, Affoltern
 Tschampion Peter, Spiezwiler
 Tschanz Christine, Wabern
 Ulrich Bernhard, Courtaman
 von Grünigen Daniel, Zürich
 Wälti Fritz, Krauchthal
 Weber Andreas, Hünibach
 Weiss Walter, Schüpfen
 Wüthrich Hans, Seeberg
 Wüthrich Jacques, Burgdorf
 Wyss Renato, Bern
 Zaugg Christine, Oberhofen
 Zimmermann Lenzian Erna, Zollikofen
 Zimmermann Ulrich, Innerberg
 Zwahlen Christian, Guggisberg
 Zwahlen Peter, Rüscheegg Heubach

Jahresrechnung 2008

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

Mitgliederbeiträge
Kapitalzinserträge
Coop-Rechtsschutz, Rückerstattung
KPT, Rückerstattung
Ausserordentlicher Ertrag
Beitrag von angestellte bern
Steuer-Rückerstattungen
Rückerstattung Unfallgelder Personal
Total Ertrag

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2007
700 000.00	687 474.50	679 085.10	
4 000.00	5 211.51	4 047.83	
0.00	746.00	990.75	
15 000.00	16 494.90	15 781.80	
0.00	130.00	0.00	
10 000.00	10 000.00	10 000.00	
0.00	0.00	23 299.00	
0.00	2 341.00	0.00	
729 000.00	722 397.91	733 204.48	

Abgeordnetenversammlung
Zentralvorstand
Geschäftsleitung und Delegationen
Personalaufwand
Sozialleistungen Arbeitgeber
Personalweiterbildung
Büromiete und Nebenkosten
Büro- und Verwaltungsaufwand
Anschaffung/Unterhalt Mobilien und Einrichtungen
Informatikaufwand
Telefon- und Elektroinstallationen
Beiträge an Berufsverbände
Beitrag an REKA
Gemeinnützige Beiträge
Rechtsschutzaufwand
Kurswesen
Werbung
Speisung Spezialfinanzierung Aktionen
Steuern
Ehrungen und Diverses
Beitrag an «diagonal» (Ziff. 1.2)
Total Aufwand
Total Ertrag
Aufwandüberschuss

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2007
10 000.00	8 650.60	7 910.05	
6 000.00	6 983.30	5 598.30	
25 800.00	29 749.25	16 415.65	
373 000.00	379 420.20	377 356.40	
68 000.00	72 826.75	64 549.75	
3 000.00	7 400.00	3 033.10	
55 000.00	53 425.25	53 693.15	
31 000.00	36 289.34	40 697.58	
2 500.00	4 262.85	3 035.99	
12 000.00	15 100.65	12 241.05	
0.00	0.00	438.25	
12 000.00	10 914.50	11 604.00	
5 000.00	5 950.00	5 215.00	
500.00	400.00	0.00	
30 000.00	30 000.00	30 000.00	
5 000.00	2 855.60	2 308.60	
40 000.00	43 404.15	71 045.15	
15 000.00	15 000.00	15 000.00	
15 000.00	653.20	4 178.00	
38 000.00	27 648.00	669.70	
25 000.00	32 112.35	20 283.43	
771 800.00	783 045.99	745 273.15	
-729 000.00	-722 397.91	-733 204.48	
42 800.00	60 648.08	12 068.67	

1.2 Verbands-Organ «diagonal»

Inserate, Zeitungsabonnemente

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2007
30 000.00	16 537.35	33 268.30	

Druckaufwand
Versand
Honorare
Total Aufwand
Total Ertrag
Übertrag in Erfolgsrechnung

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2007
36 000.00	33 419.20	34 119.85	
14 000.00	10 190.10	12 846.78	
5 000.00	5 040.40	6 585.10	
55 000.00	48 649.70	53 551.73	
-30 000.00	-16 537.35	-33 268.30	
25 000.00	32 112.35	20 283.43	

1.3 Bilanz per 31.12.

Kasse
Reisecheckkasse
Postcheck
Bank
Wertschriften
Diverse Debitoren
Guthaben Verrechnungssteuer
Mobilien, Einrichtungen, EDV
Transitorische Aktiven
Diverse Kreditoren
Depotgeld Sektion St.Johannsen
Depotgeld Sektion Union du personnel
Eigenkapital

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2007	Passiven 2007
2 854.60			1 687.55	
10 769.25			2 744.25	
68 458.19			56 295.99	
99 106.70			126 773.55	
6 100.00			5 825.00	
5 742.00			13 099.55	
1 626.70			1 354.40	
1.00			1.00	
831.00			348.00	
		92 398.19		53 011.66
		159.00		
		8 462.70		
		94 469.55		155 117.63
195 489.44	195 489.44		208 129.29	208 129.29

2. Spezialfinanzierung Aktionen

2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2007	Ertrag 2007
Bankspesen	9.70		11.40	
Unterstütz. Kand. Nationalratswahlen	0.00		6078.70	
Aufwand BPK-Optimierung	0.00		1183.60	
Aufwand Futura	3725.30		8463.70	
Aufwand Beratung GAV	553.90		1949.30	
Aufwand PR Police Bern	0.00		15000.00	
Aufwand Komitee Tagesschulen	0.00		200.00	
Kapitalzinserträge		5523.91		4445.75
Einlage aus allgemeiner Verbandsrechnung		15000.00		15000.00
Erträge aus Sektionsauflösungen		451.18		0
Aufwandüberschuss				13440.95
Ertragsüberschuss	16686.19			
	20975.09	20975.09	32886.70	32886.70

2.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2007	Passiven 2007
Bank	339338.12		329559.21	
Guthaben Verrechnungssteuer	1933.40		1556.00	
Debitoren	451.18		0.00	
Diverse Kreditoren		0.00		6078.70
Eigenkapital		341722.70		325036.51
	341722.70	341722.70	331115.21	331115.21

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV

	2008	2007
Allgemeine Verbandsrechnung	60648.08	12068.67
Spezialfinanzierung Aktionen	-16686.19	13440.95
Aufwandüberschuss	43961.89	25509.62

4. Stiftung Unterstützungskasse

4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2007	Ertrag 2007
Kapitalzinsen	28.15		27.30	
Büro- und Verwaltungsaufwand	600.00		600.00	
Steuern	10245.10		6687.20	
Rechtsschutzkosten	30000.00		30000.00	
Rechtsschutzkosten (Anteil aus allgemeiner Verbandsrechnung)		30000.00		30000.00
Kapitalzinserträge		7471.77		6974.37
Ertragsüberschuss Liegenschaft (Ziff. 4.3)		53850.35		49154.90
Ertragsüberschuss	50448.87		48814.77	
	91322.12	91322.12	86129.27	86129.27

4.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2007	Passiven 2007
Bank	362138.06		483438.94	
Wertschriften	5600.00		5325.00	
Guthaben Verrechnungssteuer	2387.60		2322.70	
Debitoren	44502.15		0.00	
Konto-Korrent «Rechtsschutz»	71228.30		52904.35	
Liegenschaft	784452.00		817137.00	
Fest-Hypotheken		250000.00		400000.00
Diverse Kreditoren		14036.60		5305.35
Eigenkapital		1006271.51		955822.64
	1270308.11	1270308.11	1361127.99	1361127.99

4.3 Liegenschaftsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2007	Ertrag 2007
Hypothekarzinsen	9375.00		12250.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	7588.55		8047.00	
Abschreibung	32685.00		34047.00	
Liegenschaftssteuern	1923.90		1923.90	
Ertragsüberschuss	53850.35		49154.90	
Mietzinseinnahmen		105422.80		105422.80
	105422.80	105422.80	105422.80	105422.80

Les organes de l'association ont atteint de nombreux objectifs

Désormais, «diagonal» est plus volumineux et paraît en couleurs. Les newsletter et le site internet méritent également une certaine attention. Pour une association quasi centenaire, l'APEB affiche une modernité plutôt étonnante.

L'année dernière, l'APEB a pu consolider ses acquis. Dans sa nouvelle présentation, «diagonal», le journal de l'association, a rencontré un écho très favorable. Les autres moyens de communication satisfont également aux conditions actuelles et sont très appréciés. La publicité a été renforcée et on en perçoit déjà les effets. L'APEB est l'organisation la plus reconvenue en matière de représentation du personnel.

Direction

Le départ de Roland Seiler en tant que président de l'APEB a été l'un des changements principaux au sein de l'association. Il est entré dans celle-ci en 1993 en tant que secrétaire, a été nommé président en 2004 et s'est retiré de sa fonction en 2008. C'est à l'unanimité qu'il a été nommé membre d'honneur.

En nommant Peter Bernasconi, député au Grand Conseil, l'assemblée des délégués a choisi un nouveau président rompu aux négociations et néanmoins combatif. Avec

son savoir-faire et son expérience en tant que politicien et maire de la commune de Worb, il sera à même de diriger l'APEB jusqu'à son centenaire en 2012.

La direction et le secrétariat collaborent de manière constructive.

Comité central

Le comité central s'est réuni en mai à Berne et en octobre à Reconvilier, qui est devenu un endroit emblématique de la lutte syndicale. En octobre, les membres du comité central se sont prononcés dans un premier temps en faveur de la pleine compensation du renchérissement. Le comité central, de son côté, exigeait 2,6 pour cent et, en plus, 1 pour cent pour les augmentations individuelles d'échelons de traitement.

Les associations de personnel ont obtenu 2,8 pour cent pour la compensation du renchérissement. Mais, en ce qui concerne les échelons de traitement, la seule solution a consisté à ne pas les augmenter.

Assemblée des délégués

L'assemblée des délégués s'est vue pour la première fois enrichie d'un nouveau volet: il s'agissait de faire honneur aux membres affiliés depuis longtemps. Christian Staub a conduit les débats sur les affaires statutaires.

Après la désignation du nouveau président, les délégués ont confirmé Erwin Balsiger dans sa fonction de caissier et reconduit Matthias Burkhalter dans sa fonction d'administrateur pour une période de quatre ans.

Le secrétariat a dû faire face, dans divers domaines, à de sérieux défis. Outre l'organisation des réunions d'information sur le thème FUTURA, il a convoqué trois assemblées qui ont connu un grand succès.

Entretien des routes

Les cantonniers du canton de Berne ont été indignés en apprenant que la bonification temps pour le travail de nuit a été abaissée de 50 à 20 pour cent. Les présidents des sections des cantonniers se sont réunis à Berne avec l'administrateur et son suppléant pour discuter de la marche à suivre.

L'association de police

La plus importante section active de l'APEB, l'association de police Berne-canton, a admis dans ses rangs, durant l'année écoulée, de nombreux collègues des polices cantonale et municipale. De ce fait, la section s'est trouvée renforcée d'autant plus. Toutes les sections pourront apprendre de la démarche de ces collègues comment défendre ses intérêts avec une grande efficacité. La bonification temps pour le travail de nuit est l'exemple à suivre.



Les délégués désignent Peter Bernasconi en tant que nouveau président.

Staub

«FUTURA» ne doit pas mettre en danger la paix du travail

«FUTURA» : le Grand Conseil a maintenu sa position, et ce contre la volonté du gouvernement et des associations de personnel. Ce qui revient à dire que le changement de système de primauté pour les caisses de pension aura bel et bien lieu.

Au début du mois d'avril, le Grand Conseil a débattu au sujet du changement de système de primauté pour les deux caisses de pension cantonales. La situation initiale n'était pas simple. Le nouveau Gouvernement admettait qu'un changement de système aurait, à l'heure actuelle, l'effet contraire aux objectifs visés, alors qu'une légère majorité de la commission consultative était favorable à un changement de système, en premier lieu pour des raisons d'ordre idéologique.

Le défi est lancé

La commission a dévoilé clairement son objectif d'austérité quant aux économies escomptées. Elle privilégiait en premier lieu un modèle qui ne prévoyait pas de cotisations pour augmentation du gain assuré et dont la mise en place ne coûterait que 200 millions de francs. Ces frais devaient, en plus, être compensés dans les dix années suivantes par une baisse des contributions de l'employeur. C'était en quelque sorte lancer un défi au personnel.

Cette situation initiale provoqua l'ire des associations de personnel. L'APEB organisa d'entente avec les associations partenaires quatre réunions d'information à Thoune, Berne, Berthoud et Bienne. Les associations mobilisèrent les personnes touchées par ces mesures. Plus de 600 employés ont pris part aux soirées d'information.

Conformité aux consignes

La commission consultative a par la suite assoupli sa position, quelque peu rigide jusque-là. Elle a adressé une déclaration de planification à l'intention du Grand Conseil, laquelle ne prévoyait plus de limite en ce qui concerne les frais engen-

drés pendant la période transitoire. De plus, elle a exigé l'élaboration d'un premier modèle prévoyant des cotisations pour augmentation du gain assuré et d'un second excluant ces cotisations.

Au cours des débats au Grand Conseil, certains représentants des partis bourgeois ont fait des promesses. Ils se sont résignés à admettre que les frais engendrés par la transition devraient se situer entre un demi-milliard et un milliard de francs. Par 82 voix contre 67, le Grand Conseil a finalement décidé de contraindre le Conseil-exécutif, contre son gré, à présenter à une base légale en vue du changement de système de primauté. Le résultat du scrutin reflète pleinement l'appartenance des électrices et des électeurs aux différentes fractions. A droite, on était favorable au changement de système de primauté, à gauche on y était opposé.

L'APEB songe à un référendum

Entre temps, une nouvelle direction de projet s'est remise au travail et la commission consultative assure d'emblée le suivi des projets de loi. Il est d'ores et déjà très probable que le projet de changement de système de primauté ne pourra plus être présenté au Grand Conseil pendant l'actuelle législature, lequel avait fait de généreuses promesses. L'APEB suppose que le changement, qui entraînera des dépenses considérables à imputer au budget cantonal, ne sera pas débattu avant l'année 2012.

De plus, l'APEB aura toute liberté de lancer un référendum contre le projet si ce dernier se révélait déraisonnable. L'APEB bénéficie d'une certaine expérience en matière de référendum. Et elle est prête à investir encore davantage de moyens que ce ne fut le cas lors du référendum contre la suppression de la composante du traitement liée à l'expérience.



L'APEB a mobilisé ses membres avec les autres associations de personnel. Staub



Conseiller d'Etat Urs Gasche et l'administrateur de l'APEB Matthias Burkhalter.

Blatter

Bonification: ancienne revendication enfin satisfaite

L'APEB lutte pour de justes revendications. Avec de solides arguments et un fort engagement, nous obtenons, ensemble, de beaux succès. Ce qui fut également le cas en ce qui concerne la bonification temps pour le travail de nuit.

En 2008, tous les experts ont été surpris par le taux élevé du renchérissement. En budgétant la croissance de la masse salariale, le Conseil-exécutif tablait sur un renchérissement allant de 0,7 à 1,1 pour cent. Le fait que l'on ait atteint, en fin d'année, un taux de 2,6 pour cent s'explique en premier lieu par la hausse considérable des prix sur le marché des ressources énergétiques.

Réaction de l'APEB

L'APEB s'est rapidement rendu compte que les associations de personnel devaient réagir vivement face aux risques de dégradation de la situation au niveau des salaires. En un court laps de temps, nous avons lancé une action au moyen de cartes de protestation. Nous avons ainsi offert

aux employés la possibilité d'apporter par leur signature un soutien à nos revendications. Le 4 novembre, nous avons remis aux conseillers d'Etat Urs Gasche et Bernhard Pulver 15 864 signatures d'employés ainsi que d'enseignantes et d'enseignants.

A ce qu'il paraît, seuls quelques-uns d'entre eux n'ont pas eu le courage d'inscrire leur nom sur la carte de protestation ou le formulaire de signatures sur lequel figurait le même texte.

Report de la CCT

Cela fait aujourd'hui des années que l'APEB entend instamment donner une base légale au partenariat formé par les associations de personnel et le Conseil-exécutif. L'APEB est disposée à assumer

ses responsabilités et à mettre à profit son expérience en tant que partenaire aux négociations.

Seule une convention collective de travail (CCT) permettrait de mettre employeur et employés sur un pied d'égalité. Sans contrat, le rôle de l'APEB se limitera, comme jusqu'ici, à celui d'un interlocuteur devant se contenter de patienter. Elle ne prend pas part aux décisions et n'endosse de ce fait aucune responsabilité.

C'est non sans une certaine amertume que la direction de l'APEB a appris, l'année dernière, que le Conseil-exécutif avait décidé de reporter de cinq ans la signature d'une CCT. Ce dernier entend en priorité mener à son terme le projet FUTURA. L'APEB continuera ainsi d'être écartée des prises de décision et devra par consé-

quent se borner, comme jusqu'à présent, à commenter et à critiquer avec l'intransigeance requise toutes les décisions arrêtées par le Gouvernement. Elle n'a donc aucun problème à accepter ce mandat.

L'APEB fut quelque peu surprise d'apprendre que nos partenaires, à savoir l'association des enseignants bernois et le SSP se soient montrés satisfaits de la décision prise de reporter l'affaire à une date ultérieure. L'APEB a selon toute vraisemblance, comparée à celle des associations de personnel du canton, une vision politique résolument axée sur le long terme.

Des caisses de pension

Les caisses de pension prennent une importance accrue. Non seulement aux yeux des retraités mais également du point de vue des actifs.

En 2008, d'importantes innovations sont entrées en vigueur. Les cotisations pour augmentation du gain assuré ont été massivement augmentées pour les plus anciens collaborateurs. Ces augmentations doivent désormais être rachetées, à partir de l'âge de 60 ans, à hauteur de 250 pour cent, et ce pendant une année entière.

Les nouvelles dispositions réglementaires reposant sur une base solide et ayant eu la possibilité de négocier une solution qui était dans une certaine mesure raisonnable et nuancée, l'APEB n'a pas jugé utile de lutter sur ce point et de lancer un référendum.

La situation financière des caisses de pension reste néanmoins précaire. Les degrés de couverture de la CPB et de la CA-CEB ont, en raison de la crise financière, considérablement baissé. Si la situation est préoccupante, elle n'est cependant pas catastrophique. Les caisses de pension veillent à adopter une politique axée sur le long terme en matière d'investissements. Cela étant, il est inacceptable que les retraités n'aient pas pu profiter, une fois de plus, de la compensation du renchérissement. Là aussi, nous sommes attentifs à l'évolution de la situation!

La loi sur le personnel

La législation sur le personnel fait régulièrement l'objet de remaniements. En

2008, la loi sur le personnel devait être révisée. Les dégradations et les améliorations se sont en quelque sorte compensées mutuellement. Le Grand Conseil a mis en œuvre la nouvelle réglementation concernant les allocations pour enfants, les allocations familiales et les allocations d'entretiens qu'il n'en découle des dépenses supplémentaires. Grâce à un engagement opiniâtre de l'APEB, le Grand Conseil a arrêté une réglementation transitoire qui permet la garantie de la situation acquise pour une période dépassant les dix ans.

Bonification temps

Le Conseil-exécutif a profité de la bonne situation financière du canton pour satisfaire enfin une ancienne revendication du personnel. Il a intégré dans le traitement du personnel soignant diplômé les allocations VAP. Il était toutefois encore plus important, aux yeux de l'APEB, que le Conseil-exécutif accorde enfin une bonification temps pour le travail de nuit. Toutefois, il est étrange que cette indemnité n'ait pas été prévue pour l'ensemble du personnel mais qu'elle ne concerne que certaines catégories de celui-ci.

Pourquoi les garde-faune devraient-ils profiter d'une bonification temps alors que la téléphoniste dans un central d'hôpital n'a pas droit à celle-ci. Cela mérite de plus amples explications. L'APEB continuera à intervenir fermement pour que cette dernière catégorie d'employés bénéficie également de la bonification temps.

Il est inacceptable que la nouvelle réglementation concernant les cantonniers prévoit une réduction de 50 à 20 pour cent de la bonification temps qui leur était accordée depuis des années. Il s'agit là pour ce personnel d'une détérioration des conditions de travail que l'APEB ne peut sans autre accepter. Des négociations sur une compensation, au moins partielle, devraient avoir lieu en 2009. Les cantonniers touchés ont déjà annoncé qu'ils lanceraient des actions efficaces. Nous verrons si, durant les fêtes de Noël 2009, la neige sera déblayée sur nos routes.

Des primes équitables

La majeure partie du personnel cantonal est assurée contre les accidents auprès de la Visana. Seuls quatre pour cent environ des employés, notamment ceux qui travaillent dans le domaine de l'entretien des bâtiments, doivent s'assurer auprès de la Suva.

Sur proposition de l'administrateur de l'APEB, le Conseil-exécutif a décidé d'introduire à partir du 1er janvier 2009 une prime unique pour tous les employés du canton. Les primes de l'assurance accident s'élèveront désormais à 0,385 pour cent, alors qu'elles s'élevaient auparavant à 0,378, respectivement 0,952 pour cent. Les personnes affiliées à la Suva sont rangées le plus souvent dans les classes de traitement inférieures. La nouvelle réglementation entraîne pour elles une baisse des primes d'environ 400 francs par an.



Rapport annuel 2008

**BSPV
APEB**

www.bspv.ch



13 Caisses de pension

Ne pas mettre en danger la paix

«FUTURA» : le Grand Conseil a maintenu sa position, et ce contre la volonté du gouvernement et des associations de personnel. Ce qui revient à dire que le changement de système de primauté pour les caisses de pension aura bel et bien lieu.

14 Loi du personnel

Revendication enfin satisfaite

L'APEB lutte pour de justes revendications. Avec de solides arguments et un fort engagement, nous obtenons, ensemble, de beaux succès. Ce qui fut également le cas en ce qui concerne la bonification temps pour le travail de nuit.

Editorial



La campagne de récolte de signatures a porté ses fruits

Staub

Bien des objectifs ont été atteints

**La bonification temps pour le travail de nuit accordée.
La compensation du renchérissement également.
Le bilan de l'année dernière est réjouissant certes.**

Par la direction de l'APEB

L'APEB a atteint, l'année dernière, de nombreux objectifs. La compensation du renchérissement de 2,8 pour cent pour un renchérissement annuel moyen de 2,4 pour cent fut un grand succès. De plus, la bonification temps pour le travail de nuit a enfin été introduite.

La direction, le président et l'administrateur ont exercé leur influence à tous les échelons. Cet engagement a été bénéfique pour le personnel cantonal. Le fait que les moyens financiers nécessaires n'aient pas été mis à disposition pour les augmentations individuelles de traitement, c'est-à-dire pour les augmentations liées à la performance, fut une mesure trop sévère en matière de politique du personnel. Notre association était opposée à une telle décision.

L'année prochaine, il faudra, compensation du renchérissement mise à part, mettre à nouveau à disposition des fonds pour rétribuer les promotions dûment justifiées.

Il faut se réjouir que l'effectif des membres de l'APEB ait augmenté l'année dernière. Par conséquent, nous nous sommes renforcés.

Nous avons perdu en la personne de Roland Seiler un président à la personnalité marquante. Mais nous avons trouvé en Peter Bernasconi un digne successeur.

L'APEB a vécu une année riche en événements et s'est retrouvée renforcée à l'issue des négociations.

Une association forte

BSPV



Nous luttons pour nos membres.

Et nous sommes aussi là pour les conseiller!

www.bspv.ch, 031 311 11 66.